

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt-Rieser  
Fennelstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen beiderseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1880.  
Stroßgasse  
Rieser Nr. 52.

Nr. 276.

Dienstag, 27. November 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Verzinsens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamefläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kuponenscheins in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeiträge "Zugabe an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Unüberbrückbare Gegensätze.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Deutscher Reichstag nach kurzer Beratungsphase wieder zusammen. Sollte man glauben, ihm werde sofort der neue Etat zur Beratung zugehen, so sieht man sich getäuscht. Denn der Etat ist noch nicht einmal von der Regierung verabschiedet, in der Hauptsache, weil über die Deckung des Defizitbetrages noch immer keine Verständigung erfolgt ist. Das ist leicht erklärlich, da der Finanzminister zunächst auf die Verabschiedung des Steuervereinfachungs-Gesetzes seitens des Reichsrates warten wollte. Er ist noch jetzt der Auffassung, daß dadurch eine wesentliche Einschränkung des Defizits möglich sei. Die Regierung will ihm aber in dieser Auffassung nicht recht folgen und wartet ihrerseits bis in den Koalitionsverhandlungen die Steuerprobleme aufgerollt werden und von den Parteien Vorschläge über die Deckung des Defizits kommen. Man ist nun in den einzelnen Koalitionsparteien der Auffassung, daß das Defizit keine Schwierigkeiten bereiten werde und sich gangbare Wege finden lassen, um durch Steuererhöhungen, die nicht die Allgemeinheit treffen und durch neue Steuern genügend Mittel zur Bilanzierung des Etats auszubringen. Jedenfalls nimmt man die Steuererträge sowohl in der Deutschen Volkspartei, wie bei den Sozialdemokraten, überraschender Weise nicht so ernst, sondern sieht auch heute nur die preußische Konfordatsfrage als das einzige Hindernis gegen die große Koalition an. Es muß noch einmal auf die vertrauliche Erklärung Stresemanns im Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei hingewiesen werden. So sehr er auch die große Koalition wünschte, hat er doch mit Nachdruck jedes Entgegenkommen in der Konfordatsfrage abgelehnt. Man kann die Dinge so, daß der Reichstag heute nur seine Vorlesungen vornimmt und auch für die nächsten Tage nur untergeordnete Beratungen abhalten muß. In parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Etat erst nach den Weihnachtstagen in Angriff genommen werden kann. Man hätte den Reichstag gewiß auf längere Zeit vertagt, wenn nicht die Koalitionsverhandlungen so weit gediehen wären, daß sie auf eine schnelle Erledigung drängen. Durch das Zusammenfallen des Reichstages wollte man bewirken, daß die führenden Parlamentarier jeden Augenblick zu erreichen sind. Wir hören denn auch, daß bereits am heutigen Dienstag die Führer der Koalitionsparteien eine Zusammenkunft haben werden, in der lediglich die Koalitionsfrage besprochen werden soll. Wie die Parteiführer über die Konfordatsfrage eine Verständigung finden wollen, läßt sich noch nicht übersehen. Denn es stehen hier zwei Meinungen gegenüber, die der Deutschen Volkspartei, daß sie nicht nachgeben könne und die des Zentrums, daß sie auf die große Koalition im Reich verzichte, wenn ihre Konfordatsforderungen im Brecken nicht zum Erfolg kommen. So viel ist sicher, daß das Zentrum der Weimarer Regierung weiter angehören würde, selbst wenn das Konfordat fällt, aber für die Deutsche Volkspartei keine Möglichkeit bestünde, in die preußische Regierung zu gelangen. In parlamentarischen Kreisen ist man aber immer noch, trotz der Gegensätze, sehr optimistisch. Und zwar deshalb, weil jetzt die Führerbesprechungen angeleitet werden sind, obwohl die Haltung der beiden Parteien unabänderlich erscheint. Jedenfalls werden heute bereits neue Kombinationen gemacht und man spricht von Vermittlungsvorschlägen, die seitens der Demokraten und Sozialdemokraten vorbereitet sein sollen. Wenn heute auch die Parteiführer zusammenkommen, so ist doch das Ende der Koalitionsverhandlungen noch nicht abzusehen. Von Zentrumsseite hören wir, daß das Zentrum ehe nicht der Parteitag, der am 6. Dezember zusammentritt, gesprochen hat, auch alle Vermittlungsvorschläge ablehnen müßte.

## Freigabe deutschen Eigentums in Amerika.

Die trotz aller aufklärenden Bekanntmachungen in der deutschen Presse scheint noch immer die Ansicht verbreitet zu sein, daß die amerikanische Regierung nach Erlass des Freigabegesetzes von sich aus die Rückgabe der beschlagnahmten deutschen Werte anordnen und sie den deutschen Eigentümern zurückerstatten werde. Demgegenüber muß nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Eigentümer sich selbst bis jetzt um die Wiedererlangung ihres Vermögens kümmern und in einer an den Allen Property Custodian zu richtenden Eingabe, für die gewisse Formen vorgeschrieben sind, die Rückgabe ihres beschlagnahmten Eigentums ausdrücklich beantragen müssen. Diesem Antrag sind die Unterlagen beizufügen, aus denen die Veredlung der Antragsteller einwandfrei hervorgeht. Der Antrag muß nach dem amerikanischen Freigabegesetz bis zum 10. März 1929 gestellt werden; wird der Antrag nicht oder nicht rechtzeitig gestellt, so ist das Eigentum für den deutschen Berechtigten endgültig verloren. Es sei auch noch darauf aufmerksam gemacht, daß deutsche Firmen, die Vorkriegsforderungen gegen amerikanische Kunden haben, nur dann einen Freigabeantrag stellen können, wenn die amerikanischen Kunden die Schuldbeiträge freiwillig an den Allen Property Custodian überwiesen haben, wie es das amerikanische Gesetz über den Handel mit dem Feind vorsieht. Deutsche Interessenten, die Formfehler vermeiden wollen oder nicht in der Lage sind, die Angelegenheit selbst zu betreiben, können sich an den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsvorstand, No. 7, Neue Wilhelmstraße 12-14, oder an die Amerika-Abteilung des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin NW. 6, Ankenstraße 27/28 wenden, die bereit

## Die Fertigstellung der Antwort der Mächte.

London. (Funkpruch.) Times schreibt: Es verläutet, daß nach Ansicht des Kabinetts die Zeit gekommen ist, um die in Genf am 16. September gefassten Beschlüsse der Bildung eines neuen Reparations-Sachverständigenausschusses ohne weitere Verzögerung auszuführen. In London wird die Ansicht vertreten, daß jetzt Schritte getan werden können, um in der für Washington annehmbaren Form, amerikanische Sachverständige zur Teilnahme einzuladen und über die Zahl der sachkundigen Vertreter jeder Macht, das Berichterstattungsprogramm und Zeit und Ort der ersten Zusammenkunft, eine Entscheidung zu treffen. Die Antwort der britischen Regierung auf die deutsche Mitteilung vom 20. Oktober ist fertiggestellt und wird übersandt werden, sobald Frankreich und die anderen Regierungen mitteilen, daß sie ihrerseits bereit sind. Die britische Auffassung der Lage ist ausgesprochen optimistisch. Es wird die Ansicht geäußert, daß die Jahreszahlungen, die auf Grund des Damesplans von Deutschland erwartet werden, die Verbindlichkeiten der Alliierten für Kriegsschulden übersteigen werden und daß ein Ueberfluß übrig bleiben werde, nicht nur für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern auch für gewisse Deutschland einräumende Vergünstigungen. Es ist möglich, daß die deutsche Regierung angefordert wird, die Initiative zu ergreifen und durch ihren

Vollstrecker in Washington die Einladung an die amerikanischen Sachverständigen ergehen zu lassen. Dieser Schritt wird von den Vollstreckern der Mächte, die den Genfer Bescheid vom 16. September gefasst haben, unterstützt werden. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt: Die britischen amtlichen Kreise sind bezüglich der baldigen Einsetzung eines Reparations-Sachverständigenausschusses optimistisch. Es werde sogar angebahnt, daß der Wortlaut einer übereinstimmenden Antwort der Alliierten auf die deutsche Devisenfrage bereits hergestellt ist. Ich höre, daß der Quai d'Orsay nicht geneigt ist, einer Beschleunigung der endgültigen Verhandlungen irgendwelche ernsthaften Schwierigkeiten zu machen, daß aber einzelne Ressorts in der französischen Regierung sich der nachdrücklichen deutschen Forderung, daß die deutsche Zahlungsunfähigkeit neu geprüft werden soll, energisch widersetzen, und zwar ist die Sachlage so, daß sowohl das französische Ministerium des Auswärtigen, wie auch das französische Finanzministerium und die Leiter der Post von Frankreich eine eigene Ansicht über diese Gegenstände haben und daß die übereingekommene Meinung erst in Uebereinstimmung gebracht werden muß, ehe Frankreich endgültige Antwort bekanntgegeben werden kann.

## Die Versorgung der Kriegsgesunden durch das Reich.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister Bissel hat dem Reichstag, neben einer hochbedeutenden Devisenliste darüber unterbreitet, wie viele Kriegsgesunden und Kriegerverwundeten im Augenblick zu versorgen sind und welche Summen dafür aufgewendet werden müssen. Danach schließt im laufenden Haushaltsjahr der für diese Fragen zuständige Gesamtschatz für Versorgung und Ausgehälter insgesamt mit rund 1750 Milliarden ab. Von diesem Betrage entfallen rund 1080 Millionen auf die Zivilversorgung, rund 288 Millionen auf die Versorgung der Offiziere und Beamten der alten Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, rund 60 Millionen bereits auf die Versorgung der Angehörigen der neuen Wehrmacht und deren Hinterbliebenen und 20 Millionen auf die Unterstützung der Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71. Den Hauptanteil aber mit rund 1800 Milliarden RM. beansprucht die Versorgung der Kriegsgesunden und der Kriegshinterbliebenen aus dem Weltkrieg. Diese Zahl bekommt eine ganz besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die gesamten laufenden Ausgaben des Reichs, abgesehen von den Steuerüberweisungen an die Länder sowie den Kriegskosten, rund 4,2 Milliarden, also nur etwas mehr als das Dreifache dieser Versorgungsaufgaben betragen. Eine am 21. Mai 1928 veranlassete Zählung der Kriegsgesunden und Kriegshinterbliebenen aus dem Weltkrieg ergab das Vorhandensein von 761.294 rentenberechtigten Kriegsgesunden. Trotzdem in der Zwischenzeit minderjährige Kriegsgesunden abgefunden waren, ist danach die Gesamtzahl gegenüber 1924 um mehr als 40.000 gestiegen. Die Ursache dafür liegt zum erheblichen Teil in der erschütternden Tatsache, daß bei vielen Kriegsgesunden sich erst später eine solche Verblümmung ihrer Wunden herausgestellt hat, daß sie in den Kreis der Rentenberechtigten einbezogen wer-

den mußten. Allerdings hat auch eine entgegenkommende Beschäftigungsarbeit manche bereits abgefundenen Kriegsgesunden, namentlich unter Berücksichtigung der Inflationszeit, wieder rentenberechtigt gemacht. Das Reichsarbeitsministerium rechnet damit, daß die Riffen noch bis mindestens 1930 weiter ansteigen werden. Man darf nicht vergessen, daß seinerzeit rund 13 Millionen zum Deerebienst einberufen waren und daß die schlechte wirtschaftliche Lage jeden, der glaubt berechtigt zu sein, veranlaßt, seinen Anspruch durchzusetzen zu suchen. So ist es denn auch kaum verwunderlich, daß nach den Berichten der Hauptversorgungsämter am 30. September 1928 noch immer 192.826 unerledigte weitere Anträge von Kriegsgesunden auf Neubewilligung, Wiedergewährung und Erhöhung der Rente vorliegen. Im einzelnen erscheint, der Zahl der Kriegsgesunden nach, Berlin mit 78.629 erst an dritter Stelle hinter Koblenz und Hannover. Die Mehrzahl aller Kriegsgesunden ist um 30 Prozent in der Erwerbsfähigkeit gemindert; es sind aber auch noch immer 42.761 Kriegsgesunde mehr als 90 Prozent erwerbsunfähig. Insgesamt waren 384.163 Schwerbeschädigte vorhanden. Außerdem muß das Reich noch 1.430.761 Hinterbliebene versorgen, unter denen mit 339.500 die Witwen erst an zweiter Stelle, hinter den 731.781 Halbwaisen stehen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Volkswaisen ist inzwischen von 65.498 auf 68.623 zurückgegangen. Man rechnet damit, daß im Jahre 1930 die Zahl der zu versorgenden Waisen insgesamt unter 100.000 herabgesunken sein wird. Im übrigen läßt sich aber absehen, daß über den Verlauf dieser finanziellen Auswirkungen des Weltkrieges für das Reich deshalb nicht sagen, weil sie von unbeeinträchtigen Momenten, darunter nicht zuletzt von der Beschäftigung jeweiliger Reichstagsmehrheiten auf diesem Gebiete abhängen.

sind, auch Nichtmitgliedern Auskunft zu erteilen und Hilfe angeben zu lassen.

Konfliktes zwischen der Luft-Gesellschaft und dem Lande Sachsen eingedrückt.

Die Wirtschaftspartei fordert in einem Antrage ermäßigte Fahrpreiserhöhten der Reichsbahn nach den oberen Ober-Umschlag-Plätzen und ermäßigte Anschlusspreise für schwedisches Erz in Oberschlesien.

Ein Antrag der National-Sozialisten erucht um Haftentlassung der sogenannten Femerichter, nicht Femerichter, wie es in dem Antrag selbst heißt. Schulz, Rappaport und einige andere werden in dem Antrag namentlich genannt.

Die Kommunisten verlangen die Vergebung der 2. Wagenklasse für Kriegsgesunden mit Fahrkarten 3. Klasse, Wiedereinführung der Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege, Eisenbahntarifiermäßigungen für den Kaiserlichen Industriebezirk und Bau des Kaiserlichen Kanals.

## Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

Berlin. Obwohl sich die Reparationsfrage seit eingehend mit der Reparationsfrage beschäftigten und zunächst die Tagung der Sachverständigen vorbereiten, geht, wie wir hören, seit, daß sich der nächste Völkerbund ebenfalls noch einmal eingehend mit den allgemeinen Fragen des Reparationsproblems befassen wird. Die Anregung dazu wird von deutscher Seite gegeben, denn Deutschland vertritt die Auffassung, daß im Völkerbund die Reparationsangelegenheit noch nicht völlig geklärt ist und daß es Aufgabe des Völkerbundes sei, an der endgültigen Erledigung mitzuwirken. Der deutschen Forderung sind durch die schwebenden Verhandlungen keine Grenzen gesetzt, denn während die schwebenden Verhandlungen mehr technischer Natur sind, erwarten die Alliierten, also die rein politischen Fragen noch der Klärung.

## Aus dem Reichstage.

Berlin. Im Reichstage ist eine große Zahl neuer Anträge der Parteien eingegangen. Die Deutsche Volkspartei hat namentlich Anträge zu Gunsten der Landwirtschaft eingebracht. Sie fordern u. a. eine Zentralstelle zur Förderung des Absatzproblems im Reichsernährungsministerium, einen Interessentenausschuß zur Beratung des Ministeriums, einseitigen Zusammenschluß der genossenschaftlichen Verbände, Bausverbände und Kredite für Einrichtungen zur Verarbeitung, Konservierung und Verfeinerung landwirtschaftlicher Produkte, Anschlag der Drehscheibetriebe an die landwirtschaftlichen Genossenschaften, bevorzugte Berücksichtigung stellungloser Gutbeamteter bei der Siedlung und durch Verwendung in Siedlungsunternehmungen und als Sachverständige, weiteren Ausbau der Agrar- und Kreisstatistik. Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen die starke Einfuhr von Viehprodukten, Obst und Gemüse, eine andere gegen die starke Zuckereinfuhr infolge der englischen und tschechoslowakischen Regierungsmaßnahmen.

Deutschnationale Anträge beschäftigen sich mit der Lage der Beamten. Sie verlangen u. a. beschleunigte Verlegung eines Unfallfürsorgegesetzes für Beamte, eines Gesetzes für Anrechnung der Wartelöhne, eines Pensionengesetzes, einer Dienstkorrektur und eine allgemeine Reorganisation des Beamtenrechts. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei wünscht Wiederherstellung der Tropenzulage. Sächsische Reichstagsabgeordnete aller bürgerlichen Parteien haben gemeinsam eine Interpellation wegen des